Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 232. [38. Jahrgang.] Dienstag den 4. Oktober 1898. [38. Jahrgang.] Nr. 232.

Berlin, den 3. Oktober.

Politischer Tagesbericht.

Der im Reichs-Schatzamt aufgestellte **Vorentwurf zu einem neuen Zolltarif**, welcher sich auf die veränderte Anordnung und einen vielfach neuen Wortlaut der Tarifstellen beschränkt, Zollsätze aber noch nicht enthält, ist den Bundesregierungen zur Prüfung zugegangen. Sobald diese stattgefunden hat, und die dadurch etwa bedingten Aenderungen vorgenommen worden sind, werden die berufenen Vertreter von Landwirthschaft, Handel und Industrie Gelegenheit erhalten, sich über den Entwurf auszusprechen und ihre Wünsche wegen seiner weiteren Gestaltung zu äußern.

Verschiedene Zeitungen sind bei der Besprechung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu Großbritannien von der Annahme ausgegangen, daß die Zollermäßigungen des **kanadischen Vorzugstarifs** nicht nur dem britischen Mutterlande und mehreren britischen Kolonieen, sondern auch Frankreich gewährt werden. Diese Annahme beruht auf Irrthum.

Bereits die Ausführungsbestimmungen zu dem kanadischen Tarif vom Jahre 1897 führen Frankreich ebenso wie Deutschland bei denjenigen Ländern auf, welchen die Vergünstigungen des „Gegenseitigkeitstarifs" nur provisorisch zugestanden wurden. In der kanadischen Tarifnovelle von 1898, durch welche die Bestimmung über den Gegenseitigkeitstarif aufgehoben und der „britische Vorzugstarif" eingeführt worden ist, sind sodann außer dem Mutterlande nur britische Kolonieen als Länder aufgeführt, denen die Ermäßigung des Vorzugstarifs zu Theil werden soll. Auch eine direkte Erkundigung in Kanada hat bestätigt, daß Frankreich ebenso wie Deutschland von den erwähnten Zollvergünstigungen ausgeschlossen ist.

Der Regierungs- und Gewerberath v. Rosnowski und der Prof. Proskauer haben im Auftrage der zuständigen Minister die Besichtigung und Untersuchung des **Proskowetzschen Abwasserreinigungsverfahrens** bei den Zuckerfabriken zu Sadowa (Böhmen) und Sokolnitz (Mähren) ausgeführt. Ihr Bericht ist in dem Supplementheft der „Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen" zugleich mit anderen auf die Abwasserreinigung bezüglichen wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht worden. Die günstigen Erfahrungen, welche in den Zuckerfabriken zu Sadowa und Sokolnitz mit dem Proskowetzschen Verfahren gemacht und durch die Untersuchungen der Sachverständigen bestätigt worden sind, rechtfertigen, das Verfahren überall dort zu erproben, wo die Abführung der Zuckerfabriksabwässer bisher mit Schwierigkeiten verknüpft ist oder zu Belästigungen und Schädigungen der Umgebung, insbesondere durch Verunreinigung der Gewässer, geführt hat.

Das aufdringliche Angebot von Lotterieloosen der **in Preußen nicht zugelassenen Lotterieen** nimmt mit der Vermehrung der Klassenlotterieen in Folge Errichtung neuer Lotterieen in den thüringischen Staaten, Lübeck und Ungarn einen immer größeren Umfang an. Die Agenten dieser Lotterieen lassen kein Mittel unversucht, um das Publikum zum verbotenen Spiel zu verleiten. In neuerer Zeit gehen sie sogar so weit, Schülern von höheren Unterrichtsanstalten Prospekte und Originalloose verbotener Lotterieen zuzusenden. Auch die Kolportage derartiger Loose wird in Berlin ganz offen betrieben. Nach einer Mittheilung des „Berliner Tageblatt" vom 28. August d. J. hat in dem Stadtviertel am Moritzplatz ein Mann von Haus zu Haus den sogenannten kleinen Leuten Loose der Lübecker Staatslotterie zum Preise von 2 ℳ angeboten. Da der Einsatzpreis bedeutend höher ist, so liegt hier anscheinend ein Schwindelgeschäft vor, so daß die Abnehmer sich nicht allein straffällig gemacht haben, sondern auch um ihr Geld geprellt sind. Bei außerdeutschen, in Preußen nicht zugelassenen Lotterieen, z. B. der Ungarischen, tritt zu der gesetzlichen Strafe des verbotenen Spiels noch der fünffache Betrag des hinterzogenen Stempels hinzu. Wenn man außerdem in Betracht zieht, daß die Spieler von Loosen der verbotenen Lotterieen nicht einmal mit Sicherheit auf die Auszahlung der Gewinne zu rechnen haben, so kann man es nur der Unerfahrenheit und Unkenntniß des Publikums zuschreiben, daß den Agenten doch noch in vielen Fällen der Absatz der verbotenen Loose gelingt.

Der Sonnabend und Sonntag haben in **Paris** wiederum **Kundgebungen** in Sachen **Dreyfus** gebracht, die am Sonntag zu Straßentumulten ausarteten. Ueber eine am Sonnabend Abend abgehaltene Versammlung wird berichtet:

Jaurès hielt heute Abend in einer von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung eine Rede über den Sozialismus und die Dreyfus-Angelegenheit. Er protestirte zunächst dagegen, daß man Niemanden zu Picquart lasse. Die Sozialisten träten für Dreyfus ein, da sie überhaupt für die Unterdrückten eintreten. Die Unfähigkeit des Generalstabes sei erwiesen. Das geheime kriegsgerichtliche Verfahren widerspreche der Freiheit. Jaurès kündigte an, die Sozialisten würden in der Deputirtenkammer die Aufhebung der Kriegsgerichte und Abschaffung der militairischen Schulanstalten beantragen, sowie die Gewährung des Stimmrechts an die unter den Fahnen stehenden Soldaten. Schließlich nahm die Versammlung einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher ausgeführt wird, das Proletariat müsse sich bestreben, die militairischen Institutionen Frankreichs mit den Grundsätzen der republikanischen Demokratie in Einklang zu bringen, und müsse volle Klarheit über die Verbrechen des gegenwärtigen Militarismus verlangen. — Später kam es zu mehreren Kundgebungen vor den Redaktionen einiger Blätter. Im Verlaufe derselben feuerte ein junger Mann einen Revolver ab, ohne jedoch Jemand zu treffen; er wurde verhaftet und als ein Belgier Namens van Benne festgestellt, der in Ixelles geboren und 19 Jahr alt ist. Außer dem Revolver trug van Benne eine Waffe bei sich, ähnlich derjenigen, wie sie Luccheni gebrauchte. Der Verhaftete gab an, er habe geschossen, um den Revolver zu versuchen; er sei Bäckergehülfe, aber gegenwärtig ohne Arbeit. Man glaubt, es mit einem Anarchisten zu thun zu haben. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Außerdem wurden drei Studenten verhaftet, weil sie aufrührerische und die Polizei beleidigende Rufe ausgestoßen hatten.

Aergere Ausschreitungen ereigneten sich am gestrigen Sonntage. Wie schon gemeldet, hatte es der Eigenthümer des Wagram-Saales abgelehnt, sein Lokal für eine zu Gunsten der Revision von Pressensé einberufene Versammlung zur Verfügung zu stellen. Das gab den Anlaß zu verschiedenen Demonstrationen, worüber folgende Drahtberichte eingetroffen sind:

Paris, 2. Oktober, Nachm. Zahlreiche Polizeibeamte hielten die Zugänge zu dem Wagram-Saale besetzt, in welchem die von Pressensé einberufene Versammlung zu Gunsten der Revision des Dreyfus-Prozesses stattfinden sollte. Pressensé, welcher den Saal zu betreten versuchte, wurde gegen 1 Uhr verhaftet und zur Polizei gebracht. Vor dem Saale hatte sich eine ziemlich zahlreiche Menge angesammelt, aus deren Mitte vereinzelt Rufe: „Es lebe Zola! Es lebe die Revision!" ertönten. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich auch der Direktor des Blattes „L'Aurore", Vaughan, sowie der Redakteur des „Temps", Morhardt, welche festgenommen wurden, als sie den Saal betreten wollten. — Zwischen den Polizeibeamten und einer Anzahl Personen, welche die Absperrung der Polizei zu durchbrechen versuchten, kam es zu einem Handgemenge. Mehrere Personen wurden auch hierbei verhaftet, darunter auch der Deputirte Paulin Méry. Wiederholte Rufe: „Revision! Nieder mit den Juden!" wurden laut. In diesem Augenblicke erschien Déroulède an der Spitze zahlreicher Freunde, welche, da sie das Gitter vor dem Wagram-Saale geschlossen sahen, unter Hochrufen auf die Armee nach der „Place des ternes" zogen. Gegen 2 Uhr wurden die Theilnehmer an der Kundgebung und die Neugierigen, die sich eingefunden hatten, von der Polizei zurückgedrängt.

Paris, 2. Oktober, Nachm. Nachdem Déroulède die Festnahme Pressensés, Vaughans und Morhardts erfahren hatte, begab er sich auf das Polizeibureau und ersuchte um Freilassung der Verhafteten, Pressensé lehnte indessen das Eingreifen Déroulèdes ab. Letzterer wurde beim Verlassen des Polizeibureaus von der Menge lebhaft begrüßt, wobei wiederum Hochrufe auf die Armee ausgebracht wurden. Pressensé, Vaughan, Morhardt und Paulin Méry wurden um 3 Uhr Nachmittags wieder aus der Haft entlassen. Vor dem Wagram-Saale waren noch zahlreiche Theilnehmer an der Kundgebung versammelt, die indessen ebenfalls von der Polizei zerstreut wurden. In der Avenue Wagram kam es zu einem unbedeutenden Zwischenfall, indem einige Personen beim Vorübergehen zweier Soldaten riefen: „Nieder mit der Armee!" Die beiden Soldaten versetzten den Personen Faustschläge. Die Menge nahm Partei für die Soldaten; es entstand ein unbedeutendes Handgemenge; drei Personen wurden festgenommen.

Paris, 2. Oktober, Nachm. Gegen 4 Uhr Nachmittags versuchte eine Anzahl Manifestanten, die von den Zugängen zu dem Wagram-Saale, welcher vollständig geräumt wurde, vertrieben worden waren, nach dem Opernplatze vor dem „Cercle militaire" zu gelangen, wurde aber von der Polizei zerstreut.

Paris, 2. Oktober, Abends. Vaughan, Pressensé und Morhardt, die Veranstalter der Versammlung im Wagram-Saale, veröffentlichen in der „Aurore" einen Protest gegen das Verbot der Versammlung und gegen das Vorgehen der Polizei bei Räumung des Saales, welches eine Verletzung der Grundsätze der Revolution sei.

* * *

Die „Libre Parole" meint, der Generalprokurator Manau werde in seinem Gutachten erklären, eine Revision des Dreyfus-Prozesses sei unmöglich, anders stehe es jedoch mit einer Annullirung desselben.

* * *

Einer Pariser Korrespondenz vom Sonntag sind folgende, das Obige theilweise ergänzende Angaben entnommen:

Der Generalprokurator Manau hat gestern die Prüfung der Dreyfus-Akten vollendet und dieselben dem Kassationshofe zugehen lassen. Er hat darauf unverzüglich mit der Abfassung seiner Anträge begonnen. Herr Manau hatte gestern auch eine zweistündige Besprechung mit dem eben aus Baden-Baden zurückgekehrten Präsidenten der Strafkammer des Kassationshofes, Herrn Loew, über die aber nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Darauf ergriff Herr Loew Besitz von den Akten und ließ sie in seine Wohnung schaffen. Nach dem Studium derselben wird er in zwei bis drei Tagen einen Rath des Kassationshofes mit der Berichterstattung betrauen. — Es sei noch bemerkt, daß alle Mitglieder der Strafkammer des Kassationshofes sich bis Mitte Oktober auf Ferienreisen begeben haben.

Der Oberst Maurel, der bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht im Jahre 1894 den Vorsitz führte, hat einem Redakteur der „Libre Parole" Folgendes auf seine eindringlichen Fragen erklärt: „Ich kann Ihnen nicht von den Schriftstücken oder den Beweisen sprechen, die die Verurtheilung Dreyfus' herbeigeführt haben, aber ich darf Ihnen sagen, daß es mir unendliche Mühe kostete, die Mitglieder des Kriegsgerichts zu verhindern, auf den Tod des Angeklagten zu erkennen, indem ich ihnen nachwies, daß dies gegen die Gesetzgebung verstoßen würde. Daraus können Sie schließen wie fest sie von der Schuld Dreyfus' überzeugt waren."

* * *

Dem „Figaro" geht aus Cayenne folgende, schon kurz erwähnte telegraphische Meldung zu: „Man wartet hier mit fieberhafter Aufregung auf jede aus Frankreich kommende Post; aber während man über die Möglichkeiten der Revision mit widersprechenden Kommentaren und einer Heftigkeit sich herumstreitet, die an die Pariser Polemiken erinnert, weiß der Gefangene auf der Teufelsinsel nicht, daß ganz Frankreich sich mit seinem Prozesse beschäftigt. Dreyfus weiß nichts. Die für ihn bestimmten Briefe werden sorgfältig von dem Generalsekretair, der den Gouverneur vertritt, geprüft und enthalten nicht die geringste Anspielung auf die augenblicklichen Ereignisse. Man hat die nicht genug zu billigende Vorbeugungsmaßregel getroffen, seit einem Jahre selbst den Wächtern zu verbieten, irgend welche Zeitungen oder Zeitschriften zu lesen, so daß sie keine Indiskretion hierüber begehen können. Der Gesundheitszustand Dreyfus' ist befriedigend."

* * *

Paris, 3. Oktober. Im Verlaufe der gestrigen Kundgebungen wurden 35 Verhaftungen vorgenommen, von deren 6 aufrecht erhalten wurden.

* * *

Die „Petite République" veröffentlicht anonyme Briefe, welche die Mittheilung von einer Erkrankung des Obersten Picquart enthalten; derselbe sei in der Nacht vom Mittwoch von einem plötzlichen Unwohlsein befallen worden. Hierzu wird jedoch berichtigend in einer Pariser Depesche von gestern bemerkt: Das Gerücht von der Erkrankung des Obersten Picquart entbehrt der Begründung; Picquart hat erst gestern seinen Freunden schriftlich mitgetheilt, daß er sich vollständig wohl befinde.

* * *

Eine Pariser Depesche von heute (Montag) Mittag bringt noch nachstehende Einzelheiten: Die für den Generalstab eintretende Presse spricht ihre große Befriedigung über die gestrigen Straßenkundgebungen aus, welche bewiesen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses sei. Das Verdienst, die Kundgebungen hervorgerufen zu haben, gebühre Déroulède und der Patriotenliga. — Die republikanischen Blätter tadeln die Regierung scharf wegen der Verhaftung der Veranstalter des Meetings, welches nur durch ein Bündniß zwischen den Klerikalen und Reaktionairen verhindert worden sei. — Die „Petite république" fordert die Sozialisten auf, sich zu organisiren, um die Republik zu vertheidigen. — Der „Matin" veröffentlicht eine Unterredung mit dem englischen Journalisten Strong über die Enthüllungen Esterhazys. Strong erklärte, Esterhazy habe im mitgetheilt, daß seine und Paty de Clams Freilassung in Folge ministerieller Intervention erfolgt sei. Der Richter Bertulus habe richtig erkannt, daß Paty de Clam hochgestellte Mitschuldige gehabt habe. Er, Esterhazy, sei Jahre lang der Mann des Generalstabes gewesen, hochgestellte Personen hätten sich der von ihm fabrizirten Papiere bedient.

Der Vizegouverneur von Ubangi, Liotard, der seiner Zeit durch Verträge mit Häuptlingen der Eingeborenen und durch die Besetzung von Tambura am Sueh-Fluß (Nebenfluß des Bahr-el-Ghasal) der **Expedition Marchands** die Wege geebnet hat, traf letzten Sonnabend, wie aus Bordeaux telegraphirt wird, in Pauillac ein. Bei seinem Empfange hielt de Brazza eine Rede, in der er nach Begrüßungsworten an Liotard sich über das Unternehmen Marchands wie folgt aussprach:

„Diese Expedition hat jetzt ein Werk gekrönt, das 11 Jahre hindurch betrieben worden ist. Dank ihr kann Frankreich nicht ausgeschlossen werden von der Regelung einer Frage von internationalem Interesse in einem Theile Afrikas, den Frankreich seiner Zeit für die zivilisirten Nationen erschlossen hat; und die französische Kongokolonie wird nunmehr, nachdem ihre Interessen nach dem Osten hin, im Nilbecken, gewahrt sind, wie sie es sind nach Norden und Westen, nach dem Tschadsee und dem Kamerungebiet, alle ihre Hülfsquellen auf ihre wirthschaftliche Entwicklung verwenden können."

In dieser Hinsicht, fuhr der Redner fort, werde ein Vergleich der in Betracht kommenden Umstände durchaus zu Gunsten der Verhältnisse des Unabhänigigen Kongostaates ausfallen. Die Genugthuung über den zivilisatorischen Erfolg Belgiens und die Freude über die Wiederherstellung des Verkehrs durch das Nilthal gebe auch Veranlassung, der Männer rühmend zu gedenken, die im Namen Frankreichs der Zivilisation dienten:

„Durch sie erlangten wir ein unbestreitbares Anrecht auf eine Durchgangsstraße von ebenso deutlichem, allgemeinem Interesse wie die Kongo-Route, deren Neutralität und Verkehrsordnung durch Dazwischentreten der Mächte geregelt wurden. Die edle Anschauung, welche die Mächte auf der Berliner und der Brüsseler Konferenz in dem Gedanken der Versöhnung, schiedsrichterlicher Schlichtung und der Hebung der Eingeborenen geeinigt hat, führte zu einer Akte, welche die Grundsätze eines neuen Rechtes aufstellte. Frankreich, das sich damals vor dem neuen Stand der Dinge beugte, kann nunmehr an dieses neue Recht appelliren, das sich auf die Freiheit des Handels und die Unbeschränktheit der Flußschifffahrt auf den großen Verkehrsadern des afrikanischen Festlandes gründet, um einen freien Zugang durch das Nilthal zu verlangen, der zur Erfüllung der Aufgaben nöthig ist, die durch die Berliner Kongo-Akte Frankreich in den seinem Einfluß unterstehenden Gebieten übertragen wird."

Liotard erwiderte mit Dankesworten in seinem und seiner Begleiter Namen und schloß sich dem Marchand und seinen tapferen Begleitern gespendeten Lobe an.

* * *

Wie aus Paris gemeldet wird, ist Major Marchand zum Bataillonschef der Marine-Infanterie ernannt worden.

Ferner beziehen sich nachstehende Telegramme auf Marchand, die **Faschoda**-Angelegenheit und die weiteren Ereignisse im **Sudan**:

London, 3. Oktober. Aus Kairo wird dem „Daily Telegraph" telegraphirt, das Eintreffen des Generals Kitchener in Faschoda sei für Marchand sehr glücklich gekommen. Die Eingeborenen hätten damals gegen Marchand eine sehr drohende Haltung eingenommen; auch seien täglich eine Anzahl von Marchands Leuten gestorben oder geflohen.

London, 2. Oktober. Wie das „Reutersche Bureau" aus einer Pariser Spezialquelle erfährt, sind die französische und die englische Regierung entschlossen, um keine Zeit zu verlieren, sofort in Paris Verhandlungen über die Faschodafrage zu beginnen, ohne Marchands Bericht abzuwarten.

Kairo, 3. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Aus Faschoda sind keine neuen Nachrichten eingegangen, jedoch ist man hier der Ansicht, daß Marchand in kurzer Zeit den Ort räumen werde. — Vor vier Tagen versuchte der Rest der Streitkräfte der Derwische in der Provinz Gedaref unter der Führung Achmed Fadils, Gedaref wiederzunehmen, wurde aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen; die Verluste der Egypter waren gering. Um die Provinz Gedaref von den Derwischen zu säubern, wird von Omdurman aus eine Streitmacht entsandt.

* * *

Ueber die weitere Verwendung General Kitcheners wird uns noch aus London geschrieben: Nach der „Pall Mall Gazette" entbehrt die Nachricht, daß Lord Kitchener zum General-Quartiermeister ernannt werden wird, der Begründung. Der jetzige Inhaber des Postens, General Sir George White, früherer Oberbefehlshaber in Indien, erlitt vor einigen Monaten einen schlimmen Unfall. Die Heilung ging nur langsam von Statten. Dennoch ist er so weit genesen, daß er seinen Dienst am 15. Oktober wieder antreten kann. — Bisher ist Lord Kitchener noch nicht um seine Verabschiedung als Sirdar der egyptischen Armee eingekommen. Er reist nach England, um die Londoner ärztlichen Autoritäten wegen seines Augenleidens um Rath zu fragen. Es heißt, daß er zum Generallieutenant ernannt werden soll. — Nach der „St. James' Gazette" bestätigt es sich, daß Lord Kitchener den Sirdarposten niedergelegt hat und Generalmajor Hunter, seine rechte Hand im Sudanfeldzuge, sein Nachfolger werden wird. Hunter ist der jüngste General der britischen Armee. Er ist erst 42 Jahre alt, aber schon seit zwei Jahren Generalmajor. Er hat an allen Feldzügen in Egypten seit 1884 theilgenommen. Bei Giniß und bei Toski wurde er verwundet. Seit 1892 war Hunter nacheinander Gouverneur des Rothen Meer-Gestades, Gouverneur der Grenze und Grenz-Feldtruppen und Gouverneur von Dongola.

Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus **Peking** hat bei dem am letzten Sonnabend gefeierten Mondfeste betrunkener Pöbel mehrere Europäer mit Straßenschmutz beworfen. Die russische Gesandtschaft hat, wie dem genannten Bureau weiter gemeldet wird, eine Kosackenabtheilung aus Port Arthur und die englische Gesandtschaft 25 Marinesoldaten aus Wei-Hai-Wei requirirt.

Ein Telegramm der „Times" aus Shanghai meldet: Huai-Ta-Pu, der vor Kurzem durch den Kaiser seines Amtes entsetzt wurde und der der hauptsächlichste Anhänger Yung-Lus ist, wurde zum Präsidenten des Zensorengerichts und zum Mitglied des Großen Raths ernannt.

Nach einer Shanghaier Depesche des „Daily Telegraph" ist dort ein Telegramm aus chinesischer Quelle eingelaufen, demzufolge der Rebellenhäuptling Yu-Man-Tze die Stadt Tschung-King genommen hat.

Laut Berichten englischer Blätter aus Philadelphia ist der Bericht des Admirals Dewey über die **Philippinen** in Washington eingetroffen und wird den **Friedenskommissaren** nach Paris nachgesandt werden. Der Bericht ergeht sich über die politische Wichtigkeit der Inselgruppe, den Charakter ihrer Bevölkerung und andere Fragen, von denen die schließliche Bestimmung über das Schicksal der Philippinen abhängt.

Von heute telegraphirt der Philadelphiaer Korrespondent der „Times" Folgendes: Der in Cleveland (Ohio) erscheinende „Leader" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Freunde des Präsidenten Mac Kinley, Senator Hanna. Danach habe Hanna, nachdem er zunächst in Abrede gestellt, daß er von den den Friedenskommissaren ertheilten Instruktionen Kenntniß habe, die Erwartung ausgesprochen, daß Spanien gezwungen werden würde, den ganzen Archipel der Philippinen aufzugeben, und daß dann, so lange die endgültige Regelung der Regierungsform dieser Inseln in der Schwebe sei, die Vereinigten Staaten das Protektorat über dieselben ausüben würden.

* * *

Im Uebrigen wird zur Lage auf den Philippinen und Kuba berichtet:

Manila, 30. September. (Telegramm des „Reuterschen Bureaus".) In Malalos fanden gestern anläßlich der Genehmigung der „Unabhängigkeit der Philippinen" große Festlichkeiten statt. Es wurde eine Truppenparade abgehalten und Ansprachen gehalten. Aguinaldo hielt die Hauptrede. Am Abend fand ein Galaball statt, dem viele Ausländer, aber keine amerikanischen Beamten, beiwohnten.

Madrid, 2. Oktober. Eine amtliche Depesche meldet von den Visayas-Inseln, die Tagalen seien in der Provinz Antiqua (Insel Panay) gelandet, jedoch von den Spaniern völlig geschlagen worden. Die Tagalen hatten 94 Todte, 13 wurden gefangen genommen.

London, 3. Oktober. Diese Woche sollen 50 000 Mann Truppen von Jacksonville (Florida) nach Manzanilla auf Kuba abgehen, am 20. Oktober sollen weitere dorthin folgen.

Zum Fortgange der von den interessirten Mächten in Betreff **Kretas** unternommenen Maßregeln wird aus Konstantinopel depeschirt: Die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens haben die Zustimmung ihrer Regierungen zu dem Inhalte und der Ueberreichung der Note an die Pforte bereits erhalten, während dem russischen Botschafter die Zustimmung seiner Regierung noch nicht zugegangen ist. Die Note enthält einen Rückblick auf die Ereignisse in Kreta und besagt, die Einführung der nothwendigen neuen Verwaltung in Kreta sei ohne Zurückziehung der türkischen Truppen unmöglich. Die vier Mächte ersuchten daher den Sultan, dies zu veranlassen, indem sie ihm die Wahrung seines Souverainetätsrechtes versprechen und sich für die Sicherheit der Muhammedaner auf Kreta verbürgen. Sollte indeß der Sultan den Befehl zur Zurückziehung der Truppen nicht geben, so bleibe den Mächten nichts übrig, als entschiedene Maßregeln zu ergreifen. In diesem Falle könne aber die Souverainetät des Sultans nicht berücksichtigt werden und müsse die Verwaltung Kretas in einem seiner überwiegend christlichen Bevölkerung entsprechenden Sinne durchgeführt werden.

Ferner besagt eine dem „Reuterschen Bureau" aus Rom zugehende Nachricht, es sei noch kein Beschluß über etwaige zur Entfernung der türkischen Truppen aus Kreta gemeinsam zu ergreifende Maßregeln gefaßt worden. Zunächst habe man ein Verzeichniß solcher Maßregeln aufgestellt; Italien und Frankreich hätten sich zu Allem bereit erklärt. Schließlich sei man übereingekommen, die Zurückziehung der türkischen Truppen zu fordern; aber als England das Verlangen stellte, man solle im Weigerungsfalle auf die Türken schießen, habe Rußland Widerspruch dagegen erhoben. Der Meinungsaustausch dauere fort.

* * *

Ueber die Lage auf der Insel selbst sind nachstehende Telegramme hervorzuheben:

Kanea, 2. Oktober. Die Mitglieder des Internationalen Militairgerichtshofes sind gestern Abend nach Kandia abgereist, um daselbst die strafgerichtliche Untersuchung wegen der gegen kretensische und fremdländische Zivilpersonen begangenen Gewaltthätigkeiten einzuleiten. Diejenigen Personen, welchen speziell Angriffe gegen Engländer zur Last fallen, verbleiben unter der Gerichtsbarkeit des englischen Tribunals.

Kanea, 2. Oktober. Der Gouverneur erklärte auf die Aufforderung der Admirale, die Waffen, welche zu Beginn des Jahres 1897 von den Behörden unter die Bevölkerung vertheilt worden waren, zurückzunehmen, diese Waffen seien bereits im Jahre 1897 wieder eingefordert worden. — Oberst Chermside hat die im letzten Jahre gebildete internationale Gendarmerie entlassen.

London, 3. Oktober. Der „Times" wird aus Kandia gemeldet, Dschewad Pascha habe in einem Telegramm an den Gouverneur von Kandia die Meldungen von der bevorstehenden Zurückziehung der türkischen Truppen als unbegründet bezeichnet.

Kairo, 3. Oktober. (Meldung des „Reut. Bureaus.") Die Northumberland-Füsiliere und andere Truppenabtheilungen gehen morgen nach Kreta ab. Alle Truppenabtheilungen, welche aus Egypten nach Kreta gehen, führen Maschinengeschütze mit.

Wie die „Agenzia Stefani" meldet, hat die italienische Regierung an alle Staaten Europas eine Note gerichtet, in welcher sie dieselben zu einer **Konferenz** zur Berathung von Maßnahmen gegen die **Anarchisten** einladet. Der Ort, wo die Konferenz stattfinden soll, ist in der Note nicht bezeichnet, doch glaubt man, daß es Rom wird sein können:

* * *

Schweizerische Blätter veröffentlichen jetzt die Namen der 36 aus der Schweiz ausgewiesenen Anarchisten. In dem Bundesrathsbeschluß werden die Kantone der Schweiz „eingeladen, das Treiben aller auf ihrem Gebiet sich aufhaltenden Anarchisten genau zu überwachen und dem Bundesanwalt allfällige Gesetzesübertretungen zur Kenntniß zu bringen". — Ferner wird aus Genf berichtet.

Der Staatsanwalt wird heute (Montag) vor der Anklagekammer den Antrag stellen, über Luccheni zum vierten Male eine Woche Einzelhaft zu verhängen. Diese Maßregel, die bislang hier noch nicht zur Anwendung kam, scheint ein Ergebniß der Verhandlungen zu sein, die in Bern zwischen dem Staatsanwalt Navazza, dem Bundesanwalt Scherb und dem Präsidenten des eidgenössischen Justizdepartements, Brenner, stattfanden. Luccheni wird allein vor die Assisen gestellt werden, wahrscheinlich zwischen dem 1. und 5. November. Die Verhandlung gegen etwaige Mitschuldige wird später stattfinden. Luccheni hat noch keinen Advokaten bestellt; er sagt, daß er keinen brauche. Nach dem Genfer Gesetz ist aber in Strafsachen die Gegenwart eines Anwaltes vor den Assisen unbedingt erforderlich, und es wird daher, wie die „Neue Fr. Pr." berichtet, in diesem Falle ein Anwalt vom obersten Gerichtshof bestellt werden.

Martinelli, der Mitschuldige Lucchenis, welcher den Griff der Feile verfertigt hatte, die Luccheni bei der Ermordung der Kaiserin Elisabeth gebrauchte, erschien am 30. September vor der Anklagekammer. Sein Vertheidiger verlangte, daß Martinelli sofort ohne Kaution freigelassen werde. Der Substitut des Staatsanwaltes protestirte gegen die Ausführungen des Advokaten. Das Gesetz, welches auch für die schwersten Anklagen die Freilassung unter Kaution zulasse, sei jedenfalls für einen Mitschuldigen Lucchenis nicht anwendbar, und die Staatsanwaltschaft müsse mit größtem Nachdruck die Anklagekammer bitten, das Gesuch Martinellis zu verwerfen. Die Anklagekammer beschied dann das Gesuch Martinellis sofort ohne weitere Verhandlung abschlägig.

Aus Petersburg wird berichtet: Die russische Regierung hat die Errichtung einer **katholischen Kapelle** in Taschkent gestattet, unter der Bedingung, daß die Priester derselben die polnische Sprache bei der Ausübung der Seelsorge gegenüber katholischen Untermilitairs nicht anwenden. Alle Gebete sollen ausschließlich in lateinischer Sprache abgehalten und bei allen Ansprachen an die Gemeinde sowie bei allen Unterweisungen und Predigten soll ausschließlich die russische Sprache gebraucht werden.

Mit Bezug auf die **chilenisch-argentinischen Grenzfragen** wird aus Valparaiso vom Sonntag depeschirt: Der Minister des Auswärtigen und der argentinische Gesandte hatten heute mit dem Präsidenten in dessen Wohnung eine Unterredung behufs Regelung der Atacama-Frage, die einem Schiedsspruche nicht unterbreitet ist. Der Minister machte vier Vorschläge, welche indessen sämmtlich von dem argentinischen Gesandten abgelehnt wurden. Dieser lehnte es seinerseits ab, andere Vorschläge zu machen. — Gestern Abend war hier das Gerücht verbreitet, der Regierung wäre aus Antofagasta die Nachricht zugegangen, die Eisenbahnbrücke über den Loa-Fluß sei zerstört worden, man nehme an, von den Bolivianern, welche bereits einmal versucht hätten, die Brücke zu zerstören.

Kleinere Nachrichten. In Wien ist gestern **Kaiser Franz Josef** von Wallsee wieder eingetroffen. — Nach dem vorläufigen Kassenausweis betrugen in dem ersten halben Jahr 1898 die **russischen**